

GRÜN specht

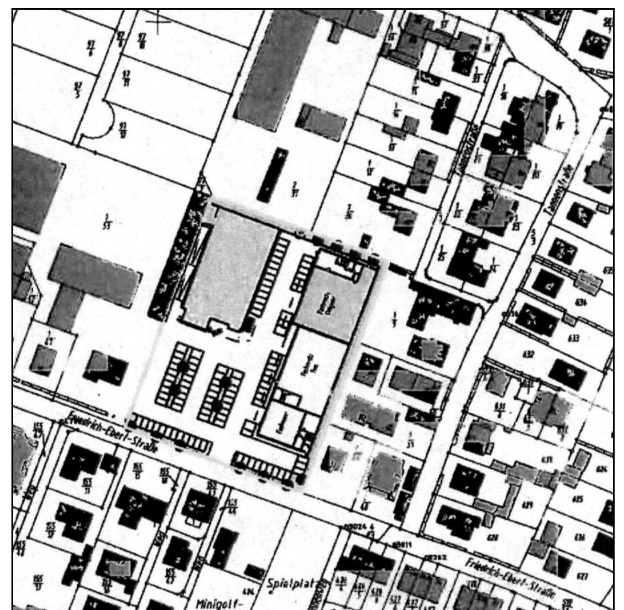
Informationen von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN in Seeheim-Jugenheim

Wie viele Discounter braucht die Gemeinde?

An der heute schon stark frequentierten Friedrich-Ebert-Straße in Seeheim soll ein neues Discounter-Zentrum entstehen. BürgerInnen und das Regierungspräsidium haben Bedenken. GRÜNSPECHT zeigt, wie der Investor versucht, sich darüber hinwegzusetzen.

Das Vitlab-Gelände, benannt nach dem zuletzt dort ansässigen Betrieb, befindet sich in der Friedrich-Ebert-Straße am südöstlichen Ende des Gewerbegebiets Breslauer Straße. Ende 2008 wollte dort ein Investor drei Einkaufsmärkte (einen Lebensmitteldiscounter, einen Drogeriediscounter und einen weiteren Fachdiscounter) bauen. Da der Bauantrag zeitlich vor der mittlerweile für das Gewerbegebiet vom Gemeindeparlament erlassenen Veränderungssperre lag, erhielt der Investor eine Baugenehmigung durch das Kreisbauamt im Einvernehmen mit der Gemeinde.

Das ganze Verfahren lief damals von den BürgerInnen nahezu unbemerkt. Zuständig war verfahrensrechtlich der Bürgermeister mit dem Gemeindevorstand. Diese berieten allerdings in nicht öffentlicher Sitzung. Welche Argumente zur Sinnhaftigkeit des Vorhabens und seinen Auswirkungen auf die Gemeindeentwicklung ausgetauscht wurden, ist folglich nicht transparent und für jedermann nachvollziehbar geworden, sondern nur das Beratungsergebnis: Zustimmung. Als dann der Investor die Baugenehmigung hatte, gültig bis Ende 2011, sprang er ab – aus finanziellen Gründen, wie es hieß. Die Sache schien vergessen.



Das an der Friedrich-Ebert-Straße, schräg gegenüber der Minigolf-Anlage gelegene Vitlab-Gelände, nach den derzeitigen Planungen mit vier Discountern (Bildmitte).

Doch nach eineinhalb Jahren, im Frühjahr 2010, kam ein neuer Investor auf die Gemeinde zu. Die Schoofs-Gruppe wollte statt bisher drei Märkten nun ein sogenanntes Discounter-Zentrum mit vier Märkten (Lebensmitteldiscounter, Drogeriediscounter, Schuhdiscounter und Textildiscounter) auf dem gleichen Grundstück errichten. Dafür brauchte sie allerdings sowohl eine neue Baugenehmigung als auch eine Ausnahmegenehmigung von der Veränderungssperre. Letztere musste vom Gemeindeparlament beschlossen werden. Da dieses seine Entscheidungen in öffentlicher Sitzung zu treffen hat, wurde die Sache publik und die Diskussion begann.

Fortsetzung nächste Seite

Oktober 2010

Partei
ergreifen

Werde Mitglied bei Grün!
www.gruene.de

BürgerInnen sammelten hunderte von Unterschriften und beklagten die Belastungen durch Verkehr und Lärm für das ganze Gebiet. Vor allem aber bemängelten sie das Fehlen eines fundierten Konzeptes, wie und ob sich ein solches Vorhaben in die zukünftige Entwicklung der Gemeinde einfüge. Sie erwarteten Transparenz von einem angekündigten zukünftigen Bebauungsplanverfahren für das Gewerbegebiet, dem man mit einem solchen Vorhaben nicht vorgreifen dürfe.

Bürgermeister übernimmt Investoren-Argumentation

Der Bürgermeister sah das ganz anders und übernahm die Argumentation des Investors, der wie üblich zusätzliche Arbeitsplätze, Gewerbesteuererträge und Kaufkraftbindung durch sein Vorhaben suggeriert. Welche Auswirkungen auf das Nahversorgungszentrum Grundweg und die

innerörtlichen Geschäfte zu erwarten sind, wie viele Arbeitsplätze und wie viele Gewerbesteueereinnahmen verloren gehen, wenn dafür andernorts die Läden schließen müssen, auf diese Fragen gab der Bürgermeister keine Antwort.

Schließlich brachte eine parlamentarische Initiative der GRÜNEN an den Tag, dass sowohl das Kreisbauamt als auch die Gemeinde die für die Größe des Discounter-Zentrums erforderliche Genehmigung durch das Regierungspräsidium nicht eingeholt hatten. In der Bauausschusssitzung am 31.08.2010 musste Bürgermeister Kühn zugeben, dass das Regierungspräsidium seine Zustimmung aus raumordnerischen Gründen versage, und somit die Planungen des Investors nicht umgesetzt werden können.

Allerdings steht jetzt schon fest: Der Investor wird keine Ruhe geben. Er will, was rechtlich möglich ist, dem ersten Investor die Baugenehmigung

abkaufen. Da er aber, wie er selbst sagt, aus Renditegründen mit dem der Baugenehmigung zu Grunde liegenden Bauplan nichts anfangen könne, muss er einen Abweichungsantrag von der ursprünglichen Baugenehmigung stellen.

Entscheidung im stillen Kämmerlein?

Der Bauplan zum Abweichungsantrag sieht höhere und breitere Gebäude für insgesamt drei Discounter vor und eine Freifläche just an der Stelle, an der vorher der vierte Discounter geplant war – ein Schelm, wer Böses dabei denkt, dass hier später nicht einmal einfach angebaut wird...

Über diese Abweichung entscheiden jetzt aber wieder nicht die gewählten Volksvertreter in öffentlicher Sitzung, sondern – und erneut im stillen Kämmerlein – der Gemeindevorstand unter Vorsitz des Bürgermeisters. Das zu erwartende Ergebnis lässt Schlimmes befürchten. Es sei denn, der Widerspruch der BürgerInnen und das Regierungspräsidium können erneut aus raumordnerischen Gründen Einhalt gebieten.

Es gibt in Seeheim-Jugenheim keinen Versorgungsnotstand. Wir haben in Seeheim-West im Gewerbegebiet den großen REWE, die Discounter ALDI und gegenüber in Kürze LIDL. Im Grundwegzentrum einen weiteren REWE und in der Raiffeisenstraße einen NETTO-Discounter. In Jugenheim den neuen REWE-Markt. Man kann in Seeheim-Jugenheim gut leben und einkaufen. Die Gemeinde braucht zur Nahversorgung kein zusätzliches, in der Regel nur per Auto erreichbares großes Discounter-Zentrum in der Friedrich-Ebert-Straße.

Noch haben viele Einwohner das Glück, im Grundweg ein fußläufig erreichbares, vielfältiges Einkaufszentrum und weitere innerörtliche Geschäfte zu haben. Das alles ist durch die Pläne des Investors gefährdet. Viele dieser Geschäfte müssten aufgeben.

Frage: Wäre es nicht angebrachter, statt in Seeheim-West immer mehr Discounter anzusiedeln, ein Einzelhandelskonzept zu entwickeln, das z.B. auch die Ortsteile Balkhausen, Malchen und Ober-Beerbach in die Nahversorgung einbezieht?

Gegenrühren

Richtschnur, Lot und Wahrheitswaage brauchen Menschen alle Tage, um den rechten Weg zu gehen, und im Leben zu bestehen.

Werte für das richt'ge Streben sind dabei schon vorgegeben: Menschenrechte sei'n genannt, auch der Imp'rativ von Kant.

Und auch Regeln zu beachten, die Gewählte für uns machten, ist in Demokratenland rechtsstaatliches Unterpfeiler.

Staates Handeln lange Zeit blieb meist ohne Schwierigkeit, was die Akzeptanz angeht, die das Volk wohl zugesteht.

Doch nun Wandel zu vermeiden: Menschen fragen: Soll das gelten, was „die oben“ da entscheiden und in schöne Worte kleiden?

Trauen nicht mehr allerorten abgestaubten Werbeworten wie zum Beispiel: „...woll'n gestalten Zukunftsfähigkeitsverhalten“.

Menschen in gar vielen Jahren haben Politik erfahren auch als Wortbruch, bloßen Schein. Führungsstärke? „So nicht!“, „Nein!“

Schließlich sehen, hören sie, dass Regierung wie noch nie Außenkräften unterliegt, dass „das Kapital“ meist siegt.

Dann, in der Erklärungsnot, seh'n Regierende gar „Rot“, machen leicht nun den Haudrauf. Bürger setzen Schutzhelm auf.

Geldgier, weltweit, mehr und mehr! Ihre Folgen wiegen schwer: Großgefahren, Menschvergiftung, Landverseuchung, Tierverschwendung.

Hier nun, in der elften Strophe, kommt es: Klimakatastrophe. Ihre Zeichen – weltweit. Abwehrhandeln – Seltenheit.

Statt die Erde zu erhalten, fordern Ob're: Macht entfalten, noch mehr „Wachstum generieren!“ Nicht nur *reimt* sich hier „krepieren“.

So versagt die Politik, dreht gar mit am Endzeitstrick, wie die Menschen deutlich spüren und sich – reicht's noch? – gegen rühren.

Gegenrühren als ein „Für“: Offenhalten jener Tür, die uns Menschen, bei Vernunft, lässt den Weg in Gut-Zukunft.

Olmes Chatte

„Inklusion muss Schule machen“ Neue Wege beim Unterricht mit behinderten Kindern

„Inklusion muss Schule machen“ – zu diesem Thema hatten B'90 / DIE GRÜNEN und die Initiative Umweltschutz Hähnlein-Alsbach-Sandwiese (IUHAS) im September zu einer Veranstaltung in das Haus Hufnagel eingeladen, die von Brigitte Harth, der Fraktionsvorsitzenden von B'90/ DIE GRÜNEN im Kreistag, einfühlsam moderiert wurde. Die große Anzahl der TeilnehmerInnen und die lebhafteste Diskussion im Anschluss an die Referate zeigten die Aktualität und die große gesellschaftliche Bedeutung der Frage, wie künftig behinderte und nicht behinderte Kinder gemeinsam unterrichtet werden können.

Eva Wingerter von „Gemeinsam leben – gemeinsam lernen Hessen e.V.“ informierte über die seit März 2009 auch für Deutschland geltende „UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen“ und stellte dar, wie die Strukturen in Deutschland für deren Umsetzung in den Schulen verändert werden müssten. Die einzelnen Vertragsstaaten hätten zwei Jahre Zeit, das Völkerrecht in Landesrecht umzusetzen, und bereits jetzt hätten Behinderte ein Recht auf inklusiven Unterricht.

„Inklusion“ in der Schule bedeutet, dass das Schulsystem so gestaltet wird, dass alle nach ihren individuellen Bedürfnissen unterrichtet werden, alle von Anfang an dazugehören. Bei der „Integration“ dagegen, werden behinderte Kinder mit sogenanntem „sonderpädagogischem Förderbedarf“ ausgegliedert, um sie dann wieder in das Schulsystem einzufügen, zu integrieren.

Christel Fleischmann (B'90/DIE GRÜNEN), Kreisbeigeordnete und Schuldezernent im Landkreis Darmstadt-Dieburg, erläuterte, dass der Landkreis in seinem jetzt im Entwurf vorliegenden Schulentwicklungsplan erste Schritte zu inklusiven Schulen gehe. Zwei Grundschulen im Landkreis würden mit der Umsetzung beginnen, gefolgt von der Wichernschule, einer Förderschule in Nieder-Ramstadt. Auch Kinder aus Seeheim-Jugenheim besuchen die Wichernschule. Fleischmann kündigte grundlegende Änderungen in den Struktu-

ren der Schullandschaft an, die von der Auflösung mancher Förderschulen über bauliche Veränderungen, Anpassung der Unterrichtsgestaltung bis hin zur Lehreraus- und fortbildung reichten. Als erster Schritt müsse aber das Hessische Schulgesetz geändert werden, die Landesregierung Ausführungsbestimmungen zur Umsetzung der Inklusion in den Schulen erlassen. Derzeit gebe es dafür nur Entwürfe.

Deutlich wurde in der Diskussion, dass Inklusion den Abbau von Barrieren sowohl in den Köpfen der Menschen als auch in den gesellschaftlichen und baulichen Strukturen erfordert. Außerdem müssten die schuli-

schen Veränderungen schrittweise, behutsam und qualifiziert vonstatten gehen. Als Erfolgsgeschichte bezeichnete eine Teilnehmerin die inzwischen ganz selbstverständliche Aufnahme behinderter Kinder in den Kindertagesstätten in Hessen. Dieser Prozess habe in den 90er Jahren begonnen und sei auch von Bedenken und Hindernissen begleitet gewesen.

„Es ist normal, verschieden zu sein. Lassen Sie uns gemeinsam auf den Weg zur ‚Inklusiven Schule‘ machen!“ so könnte man die Veranstaltung und die Wünsche der Teilnehmenden zusammenfassen. Das Ziel der GRÜNEN, mit der Veranstaltung für das Thema zu sensibilisieren, zu informieren und mit allen Beteiligten in einen Dialog zu treten, wurde erreicht.

Liebe Leserin, lieber Leser!

Am 27. März 2011 werden das Gemeindeparlament und die Ortsbeiräte neu gewählt. Das ist eine gute Gelegenheit für alle Interessenten, in ihrem Ort Kommunalpolitik aktiv mit zu gestalten.

Die GRÜNEN treten mit konstruktiver Sacharbeit für eine familienfreundliche und ökologisch orientierte Gemeindepolitik in Seeheim-Jugenheim ein. Bei der letzten Kommunalwahl 2006 haben wir GRÜNEN in Seeheim-Jugenheim ein Wahlergebnis von 21% erreicht. Zur Zeit haben wir 8 von 37 Sitzen im Gemeindeparlament und stellen zwei ehrenamtliche Beigeordnete. Im Ortsbeirat Malchen haben wir zwei von 7 Sitzen, im Ortsbeirat Balkhausen 1 von 5 Sitzen und in Ober-Beerbach 1 von 9 Sitzen.

Sind Sie an Kommunalpolitik interessiert? Wollen Sie an der erfolgreichen GRÜNEN Politik in unserer Gemeinde mitwirken? Dann laden wir Sie herzlich ein, mit uns Kontakt aufzunehmen und die folgenden Veranstaltungen zu besuchen. Sie bieten Gelegenheit, uns näher kennen zu lernen und mehr über die Arbeit in der Fraktion und in den politischen Gremien zu erfahren.



Claudia Schlipf-Traup,
Fraktionsvorsitzende

- Mittwoch, 10.11.2010, 20.00 Uhr, GRÜNER Info-Abend zur Kommunalwahl im Haus Hufnagel.
- Mittwoch, 8.12.2010, 20.00 Uhr, Mitgliederversammlung im Haus Hufnagel. Dort wird unsere Kommunalwahlliste endgültig aufgestellt.

Wer bei uns GRÜNEN kandidiert oder mitarbeitet, kann natürlich gerne Parteimitglied werden – muss es aber nicht! Gerne stehen wir auch für telefonische Auskünfte zur Verfügung. Wir freuen uns auf Ihren Anruf!

Ihre Claudia Schlipf-Traup

Tel.: 0 62 57 / 8 37 20

kontakt@gruene-seeheim-jugenheim.de

Energiewende: Kein Ausstieg aus dem Ausstieg!

DIE GRÜNEN in Seeheim-Jugenheim fordern Abschaltung des AKW Biblis

Auch in unserer Gemeinde hofften die Menschen lange Zeit auf die baldige Abschaltung der benachbarten Atomkraftwerke. Nun will allerdings die schwarz-gelbe Bundesregierung die im Jahr 2000 zwischen der damaligen rot-grünen Bundesregierung und den Energieerzeugern geschlossene Vereinbarung zum Atomausstieg in unverantwortlicher Weise außer Kraft setzen. Diese Vereinbarung sah die Abschaltung von Biblis Block A im Jahre 2007 und Block B im Jahr 2009 vor.

Zum Schutz der Bevölkerung und der Umwelt fordern die GRÜNEN, an dem ursprünglichen Ausstiegsszenario festzuhalten und insbesondere Biblis A+B umgehend abzuschalten. Eine Verlängerung der Betriebszeiten der Reaktoren in Biblis – nach der von der jetzigen Regierung getroffenen Vereinbarung kann dies für Biblis A+B eine Verlängerung um bis zu 16 Jahren bedeuten – ist in Anbetracht des Alters, der fehlenden Absicherung gegen Flugzeugabstürze sowie der nachgewiesenen Störanfälligkeit des Kernkraftwerks Biblis nicht akzeptabel.

Im Gegensatz zu den Regierungen anderer Bundesländer, die Widerstand gegen die Laufzeitverlängerungen im Bundesrat und Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht ange-

kündigt haben, gehört die hessische Landesregierung leider zu den Unterstützern der Laufzeitverlängerung.

Wir fordern deshalb die hessische Landesregierung auf, nicht länger die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung hinter die Interessen der großen atomlastigen Energieversorger zurückzustellen. Die GRÜNEN haben die Verabschiedung einer entsprechenden Resolution im Gemeindeparlament beantragt und hoffen, dass sie bei der Sitzung am 4. November eine Mehrheit findet.

Untersuchungen belegen, dass eine baldige Abschaltung der Atomkraftwerke keineswegs zu einer Beeinträchtigung der Versorgung mit Energie führen würde. Eine Laufzeitverlängerung ist vor allem eine Begünstigung der großen Energiekonzerne (im Fall Biblis von RWE), denen die schwarz-gelbe Bundesregierung zusätzliche Milliardengewinne zuschanzen will.

Belastet werden dagegen die Menschen, die unter höchst gefährlichen und gesundheitsschädlichen Bedingungen im Uranabbau tätig sind. Belastet werden die Menschen und die Umwelt jetzt und für viele zehntausende von Jahren mit einer weiter wachsenden Menge von radioaktivem und hochgiftigem Atommüll, dessen sichere Entsorgung weiterhin voll-

kommen ungeklärt ist! Belastet werden außerdem die regionalen Energieversorger, die vielfach im Vertrauen auf den Atomkonsens auf erneuerbare Energien setzten. Belastet und aufgehalten wird der innovative, viele Arbeitsplätze schaffende Ausbau der erneuerbaren Energien.

Der deutliche Protest von hunderttausend Bürgerinnen und Bürgern am 18. September 2010 in Berlin zeigte beeindruckend die Ablehnung der geplanten Laufzeitverlängerungen in weiten Kreisen der Bevölkerung. Die GRÜNEN werden gemeinsam mit vielen anderen weiter für einen baldigen Ausstieg aus der Atomwirtschaft kämpfen!



Impressum:

V.i.S.d.P.: Ortsverband Bündnis 90/
DIE GRÜNEN Seeheim-Jugenheim
Claudia Schlipf-Traup
Mathildenstraße 4
64342 Seeheim-Jugenheim
Druck: Druckwerkstatt Kollektiv,
Darmstadt-Arheilgen – Auflage 7500

Der große GRÜNE Mitmach-Coupon Bündnis 90 / DIE GRÜNEN in Seeheim-Jugenheim

- Ich interessiere mich für eine Kandidatur auf der Kommunalwahlliste der GRÜNEN. Bitte nehmen Sie mit mir Kontakt auf!
- Ich möchte die GRÜNEN in Seeheim-Jugenheim unterstützen und helfe gerne bei der Verteilung des Grünspechts oder bei Veranstaltungen (Vorträge, Exkursionen, Feste, Diskussionen...).
- Ich möchte Mitglied werden bei den GRÜNEN in Seeheim-Jugenheim, bitte nehmen Sie mit mir Kontakt auf!
- Ich möchte die Arbeit der GRÜNEN in Seeheim-Jugenheim unterstützen, habe aber wenig Zeit. Ich werde daher eine Spende an die GRÜNEN überweisen. [Ortsverband B'90 / DIE GRÜNEN Seeheim-Jugenheim, Kto-Nr. 23002680 bei der Sparkasse Darmstadt, BLZ 508 501 50. – Spendenquittungen werden auf Wunsch gerne ausgestellt.]
- Bitte informieren Sie mich künftig über Veranstaltungen der GRÜNEN per E-Mail.

Name / Adresse:

Tel.-Nr./ E-Mail:

Einsenden an: Ortsverband B'90 / DIE GRÜNEN, Dorothea Ehm, Im Berggarten 13, 64342 Seeheim-Jugenheim

+++ kontakt@gruene-seeheim-jugenheim.de +++